



MdL Klaus Holetschek Kramerstraße 15 87700 Memmingen

Herrn Oberbürgermeister
Manfred Schilder
Marktplatz 1
87700 Memmingen

**Abgeordneter
Klaus Holetschek**

Mitglied des Ausschusses für
Wirtschaft und Medien,
Infrastruktur, Bau und
Verkehr, Energie und
Technologie

Mitglied des Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

Antrag

02. Juni 2017

Turnusmäßige Berichterstattung der Stadtverwaltung an den Stadtrat zum Thema Bürokratieabbau („TÜV Bürokratieabbau“) mit Vorschlägen zur Optimierung von Verwaltungsentscheidungen und Prüfung zur Einrichtung einer „Beratungsstelle Ehrenamt“

Maximilianeum
81627 München
Telefon: 089/4126-2644
Fax: 089/4126-1644

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Stimmkreisbüro
Kramerstraße 15
87700 Memmingen
Telefon: 08331/2169
Fax: 08331/47408
Mail: info@holetschek.de
www.holetschek.de

Hiermit beantrage ich, dass die Stadtverwaltung dem Stadtrat gemäß Art. 30 Abs. 3 der Gemeindeordnung des Freistaates Bayern einen turnusmäßigen Bericht - beispielsweise einmal im Jahr - zum Thema Bürokratieabbau vorlegt. Dies sollte analog zu den Prozessen erfolgen, die seitens der Bayerischen Staatsregierung durch den neuen Beauftragten für Entbürokratisierung, Walter Nussel, angestoßen werden. Hauptaugenmerk bzw. Schwerpunkt des vorzulegenden Berichts sollte dabei der Frage gelten, wo die Stadtverwaltung von sich aus – etwa durch Ermessensentscheidungen - Möglichkeiten oder Ansätze sieht, Bürokratie abzuschaffen oder zu verringern.

Einen exemplarisch genannten, interessanten Ansatz zur Prozessoptimierung und zur Sensibilisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich „dienstleistungsorientierte Verwaltung“ bietet das Institut CETPM der Hochschule Ansbach mit Schulungen in einem „Lehrbüro Verwaltungsabläufe“. Nach dem Konzept des LEAN Managements werden im Rahmen von Coachings Prozessabläufe sichtbar gemacht, in einer echten Umgebung durchgespielt und optimiert. Durch die Schulungen werden die Mitarbeiter im Idealfall so sensibilisiert, dass sie selbst ihre Abläufe ständig überprüfen und verbessern. Denkbar wäre es beispielsweise sich bei Interesse der Stadtverwaltung dieses Konzept einmal im Rathaus vorstellen zu lassen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung leisten hervorragende Arbeit. Ziel des Antrags ist es Impulse zu geben, wie Prozesse und Verwaltungsentscheidungen weiter optimiert werden können.

Zudem sollte geprüft werden, ob zur Unterstützung der vielen Ehrenamtlichen in Memmingen die Einrichtung einer „Beratungsstelle Ehrenamt“ bei der Stadt sinnvoll wäre, die unbürokratisch Hilfestellung gibt etwa bei Fragen rund um Vereinsfeste, Vorschriften oder der schnellen Vermittlung des richtigen Ansprechpartners. Ehrenamtslotsen sollten Ansprechpartner für Fragen aller Art sein. Der bürokratische Aufwand für die Vereine bei der Organisation von Feiern oder Veranstaltungen sollte auf ein Mindestmaß abgebaut werden, ohne Abstriche bei der Sicherheit zu machen.

Begründung:

Anlass für den Antrag ist nicht nur der unten geschilderte „Fall BreFa“, der sich in einer anderen Stadt abgespielt hat, sondern generell eine zunehmende, überbordende Bürokratie, die Unternehmern und Bürgern, aber auch vielen ehrenamtlich Engagierten zu schaffen macht.

Es ist deswegen angebracht, dass neben den Bemühungen des Freistaates Bayern auch die Kommunen neue Wege in diesem wichtigen Bereich gehen, ganz nach dem Motto: „Wie überprüfen und optimieren wir als Kommune selbst unsere Abläufe? Wo gibt es Handlungs- und Ermessensspielräume und wo können wir Bürokratie abbauen?“ Letztlich sollte der dem Stadtrat turnusmäßig vorzulegende Bericht eine Art „TÜV Bürokratieabbau“ mit Handlungsanweisungen bzw. Vorschlägen zur Optimierung von Verwaltungsentscheidungen und einen letztlich unbürokratischen Vollzug sein.

Die Bürger und Unternehmer erwarten zu Recht eine praxisorientierte, effiziente und unbürokratische Verwaltung. Ein „Fall BreFA“, bei dem das Augsburger Tiefbauamt gegen die Woringer Bauunternehmung BreFA GmbH einen mehrseitigen Gebührenbescheid in Höhe von 134 Euro erlassen hat (3 Euro Sondernutzungsgebühr und 131 Verwaltungsgebühr), muss unter allen Umständen vermieden werden.

Aus diesem Grund sollte die Stadt Memmingen alle Möglichkeiten prüfen und Best-Practice Beispiel aufzeigen, wie man Bürokratie effizient zurückdrängen kann wo immer dies *möglich und sinnvoll* erscheint. Vielfach ist die Angst für etwas zu haften wenn ein Fehler passiert der Grund dafür, weshalb Dinge nicht mehr oder nicht mehr in einem angemessenen Zeitraum entschieden oder vorhandene Ermessensspielräume nicht (ausreichend) genutzt werden und es dadurch zu negativen Entscheidungen wie im „Fall BreFa“ kommt.

Mit freundlichen Grüßen

